

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

23. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. Februar 1970

Nummer 31

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2135	5. 2. 1970	RdErl. d. Innenministers Ausbildungsvorschriften für die Feuerwehr	334
5120	30. 1. 1970	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Durchführung des Unterhaltsicherungsgesetzes (USG)	334
750	27. 1. 1970	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Vorschriften über die Ausbildung als Beflissener des Markscheidefachs	334
8055	5. 2. 1970	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Richtlinien für gewerbehygienische Forderungen bei der Gestaltung von Arbeits- und Sozialräumen (Arbeits- und Sozialraumrichtlinien)	334
9300		Berichtigung zum RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 5. 12. 1969 (MBl. NW 1970 S. 13: SMBI. NW. 9300) Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO)	335

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite	
Innenminister		
5. 2. 1970	Bek. — Zulassung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln	335
Arbeits- und Sozialminister		
6. 2. 1970	Bek. — Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	338
Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr		
5. 2. 1970	Bek. — Bekanntmachung nach der Wirtschaftsprüferordnung	338
Personalveränderungen		
	Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei	338
Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz		
20. 2. 1970	Bek. — Fünfte Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in der 4. Wahlperiode	339
Hinweis		
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 14 v. 17. 2. 1970	339

2135

I.**Ausbildungsvorschriften für die Feuerwehr**

RdErl. d. Innenministers v. 5. 2. 1970 —
III B 3 — 32.34.1 — 7014 70

Für die Ausbildung der Feuerwehren sind nachstehend aufgeführte Ausbildungsvorschriften (AVF) zu beachten. Wegen des Umfangs und der großen Zahl von Abbildungen in einigen dieser Vorschriften können sie nicht in das Ministerialblatt aufgenommen werden. Der Deutsche Gemeindeverlag G. m. b. H., Köln, hat deshalb den Druck der Ausbildungsvorschriften übernommen. Die Vorschriften sind in der Schriftenreihe „Feuerschutz im Lande Nordrhein-Westfalen“ erschienen und können vom Deutschen Gemeindeverlag G. m. b. H., 5 Köln, Luxemburger Str. 72, bezogen werden; bei Mengenabnahme (Sammelbestellungen) wird ein Preisnachlaß gewährt.

Ich bitte, diese Vorschriften in der jeweils erforderlichen Zahl insbesondere für die Leiter der Feuerwehren, die Zug- und Gruppenführer und für die Kreisbrandmeister zu beschaffen.

1. AVF 1 — Gruppe und Staffel —

(Bestell-Nr. FS 05.5 des Verlages):

Die Vorschrift wurde 1962 neu gefaßt und ist in der Zwischenzeit der technischen Entwicklung entsprechend überarbeitet worden.

Die Vorschrift ist eine allgemeine Weisung nach § 15 Abs. 3 Buchstabe a des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen — FSHG — vom 25. März 1958 (GV. NW. S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1969 (GV. NW. 1970 S. 22), — SGV. NW. 213 —.

2. AVF 2 — Zug — : (Neufassung z. Z. in Vorbereitung)**3. AVF 3 — Atemschutz —**

(Bestell-Nr. FS 05.8 des Verlages):

Die Vorschrift behandelt die Grundlagen des Atemschutzes und das Grundprinzip der verschiedenen Arten von Atemschutzgeräten. Sie enthält ferner alle für den Atemschutz im Feuerwehrdienst bisher ergangenen Runderlässe.

4. AVF 4 — Hakenleitersteigen —

(Bestell-Nr. FS 05.6 des Verlages):

Die Vorschrift wurde erstmals 1960 als Anleitung für die einheitliche Ausbildung im Hakenleitersteigen aufgestellt; ihre Fassung wurde zwischenzeitlich der Neufassung des Normblattes DIN 14710 „Hakenleiter“ angepaßt.

Die Vorschrift ist eine allgemeine Weisung nach § 15 Abs. 3 Buchstabe a FSHG.

Meine RdErl. v. 19. 12. 1962 (MBI. NW. 1963 S. 59/SMBI. NW. 2135) und v. 8. 1. 1963 (SMBI. NW. 2135) hebe ich hiermit auf.

— MBI. NW. 1970 S. 334.

5120

**Durchführung
des Unterhaltssicherungsgesetzes (USG)**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers
v. 30. 1. 1970 — IV A 1 — 5501.4 —

Der Teil II meines RdErl. v. 26. 6. 1968 (SMBI. NW. 5120) wird wie folgt ergänzt:

1. Im Abschnitt „Zu § 7 Abs. 2 Nr. 6 d“ ist vor den Erläuterungen „Zu Hinweis 52“, einzufügen:

Zu Hinweis 51:

Nach den Geschäftsbedingungen der meisten Bausparkassen sind die vereinbarten monatlichen Bausparbeiträge zunächst auf die Abschlußgebühr anzurechnen. Die Ver-

pflichtungen aus Bausparverträgen beginnen demnach bereits mit dem Zeitpunkt, in dem nach dem Vertrag die Abschlußgebühr fällig wird.

2. Im Abschnitt „Zu § 10“ wird in den Erläuterungen „Zu Hinweis 70“ Nummer 4 wie folgt gefaßt:

4.1 Bei der Ermittlung des fiktiven Einkommens von Medizinal-Assistenten, die kurz vor der Einberufung ihre Bestallung erhalten haben, ist nach Hinweis 70b von dem Einkommen auszugehen, das ein Gleichaltriger als Assistenzarzt im öffentlichen Dienst nach den Bestimmungen des Bundesangestelltenttarifs zu BAT IIa (Eingangsgruppe für Ärzte) im Bemessungszeitraum erhalten hat. Für Bereitschafts- und Wochenenddienst, Privat-Assistenz, gutachterliche Tätigkeit und Mitarbeit beim D-Arztverfahren sind zusätzlich insgesamt 400,— DM (brutto) monatlich dem fiktiven Einkommen hinzuzurechnen.

4.2 Bei der Ermittlung des fiktiven Einkommens von Zahnärzten, die kurz vor der Einberufung ihre Bestallung erhalten haben, ist nach Hinweis 70b von einem durchschnittlichen monatlichen Gesamteinkommen von 1900,— DM (brutto) auszugehen. Dieser Betrag entspricht dem Gehalt, das ein Zahnarzt im ersten Berufsjahr auf Grund eines privaten Anstellungsvertrages in der Regel erzielt.

4.3 Von dem in Nummern 4.1 und 4.2 bezeichneten fiktiven Bruttoeinkommen sind zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage lediglich die Steuern, nicht jedoch Sozialversicherungsbeiträge oder Beiträge zu einer ärztlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung abzusetzen.

Mein RdErl. v. 9. 12. 1969 (n. v.) — IV A 1 — 5501.4 — wird aufgehoben.

— MBI. NW. 1970 S. 334.

750

**Vorschriften über die Ausbildung
als Beflissener des Markscheidefachs**

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 27. 1. 1970 — III A 2 06—30 6:70

Die Vorschriften über die Ausbildung als Beflissener des Markscheidefachs, RdErl. v. 20. 5. 1964 (SMBI. NW. 750), werden wie folgt geändert:

1. In § 8 Absatz 1 Satz 1 wird der Satzteil „, der der Bestätigung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr bedarf“ gestrichen.
2. In § 8 Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „mit Zustimmung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr“ gestrichen.

— MBI. NW. 1970 S. 334.

8055

**Richtlinien
für gewerbehygienische Forderungen
bei der Gestaltung von Arbeits- und Sozialräumen
(Arbeits- und Sozialraumrichtlinien)**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 5. 2. 1970
— III A 3 — 8210 (III Nr. 3:70) —

Der RdErl. v. 5. 6. 1964 (SMBI. NW. 8055) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Für die gewerbehygienische Gestaltung von Arbeits- und Sozialräumen wurden die aus der Anlage ersichtlichen Richtlinien mit Erläuterungen erarbeitet. Die Richtlinien sind geeignet, als Arbeitsunterlage zur Beurteilung der Mindestanforderungen zu dienen, die gemäß §§ 120a ff. Gewerbeordnung an die Arbeits- und Sozialräume zu

stellen sind. Ich bitte, diese Richtlinien bei Maßnahmen nach § 120d Gewerbeordnung zu beachten. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß die Vorschriften der Landesbauordnung unberührt bleiben.

2. Absatz 2 erhält nachstehende Fassung:

Ein Arbeitskreis aus Vertretern verschiedener Länder hat eine Zusammenstellung von teilweise von den Arbeits- und Sozialraumrichtlinien abweichenden Hinweisen und Erläuterungen erarbeitet, die als ergänzende Hinweise für nach Absatz 1 zu stellende Forderungen verwendet werden kann. Sie wird im Informationsdienst „Arbeitsschutz“ bekanntgegeben. Erfahrungen bei ihrer Anwendung bitte ich mir im Rahmen des Jahresberichts für das Jahr 1970 mitzuteilen.

— MBl. NW. 1970 S. 334.

9300

Berichtigung

zum RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 5. 12. 1969 (MBI. NW. 1970 S. 13 /SMBI. NW. 9300)

Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO)

Der Text des letzten Absatzes muß richtig lauten:

Zu § 35 Abs. 3:

Die in den vereinfachten Fahrdienstvorschriften (vFV) **Ausgabe 1967** als Anlage 20 A und 20 B enthaltenen Brems-tafeln gelten hiermit als genehmigt.

— MBl. NW. 1970 S. 335.

II.

Innenminister

**Zulassung
von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln**

Bek. d. Innenministers v. 5. 2. 1970 —
III B 3 — 32.43.21 — 6437.70

Anlage

Auf Grund der ordnungsbehördlichen Verordnung über Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel vom 1. Dezember 1964 (GV. NW. S. 339 SGV. NW. 2061) habe ich nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der Amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte in Münster die in der Anlage aufgeführten Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel für die Herstellung und den Vertrieb innerhalb der Bundesrepublik Deutschland neu zugelassen.

Diese Zulassungen haben nach Abschnitt 1 der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung und Zulassung oder Anerkennung von Feuerschutzgeräten (RdErl. v. 12. 11. 1956 — SMBI. NW. 2134) für das ganze Bundesgebiet Gültigkeit.

Zugelassene Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein.

Bezug: Bek. v. 18. 2. 1969 (MBI. NW. S. 381)

Zulassungen			Anlage
Lfd. Nr.	Hersteller:	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Hersteller-Typbezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulassungs- Kenn-Nr.: zugelassen für Brandklasse:
		10. 3. 1969	
1	Lösch-Fix Feuerlösch-Apparatebau Josef Egetemeyer 85 Nürnberg Gebhard-Ott-Str. 6	„Lösch-Fix“-Pulverlöscher DIN Pulver 1 a) P 1 GE b) PG 1 L	P 1 - 19/68 A, B, C, E* *) bis 1000 V
2	Lehmann u. Voß u. Co. 2 Hamburg 36 Alsterufer 19	Chlorbrommethan (CB) a) Chlorbrommethan 98 Das Feuerlöschmittel darf nur in Geräten verwendet werden, mit denen es typgeprüft und zugelassen ist.	PL - 3/68 B, E
		28. 4. 1969	
3	Sapromine GmbH u. Co. Kom.-Ges. 6605 Friedrichsthal (Saar) Ostschatztanlage	„Sapromine“-Pulverlöscher DIN Pulver 1 a) P 1 G b) PG 1 L	P 1 - 21/68 A, B, C, E*) *) bis 1000 V
4	CEAG Concordia Elektrizitäts-Aktiengesellschaft 46 Dortmund Münsterstr. 231	„CEAG“-Wasserlöscher DIN Wasser 10 a) HW 10 n b) W 10 L n	P 1 - 22/68 A
5	dito	„CEAG“-Wasserlöscher DIN Wasser 10 a) HW 10 f b) W 10 L f - 30	P 1 - 23/68 A
		14. 5. 1969	
6	Europa-Feuerlöschgerätebau GmbH 419 Kleve Tiergartenstr. 80	„Europa“-Pulverlöscher DIN Pulver 1 a) P 1 Ge b) PG 1 L	P 1 - 20/68 A, B, C, E*) *) bis 1000 V
		29. 5. 1969	
7	Lothar Miczka KG 4370 Marl (Westf.) Lassallestr. 13	„Miczka“-Vergaserbrandlöscher a) Löschfix b) P 0,4 L	P 2 - 7/68 B, E
8	Gloria-Werke H. Schulte-Frankenfeld KG 4724 Wadersloh (Westf.)	„Gloria“-Kohlensäure- Löschergerät KS 30 a) KS 30 b) K 30	P 3 - 1/69 B, E
9	Total KG Foerstner u. Co. 6802 Ladenburg (Neckar)	Schaummittel „Komet Extrakt A“ Das Löschnittel darf nur in Geräten, mit denen es typgeprüft und zugelassen ist, sowie in Löschfahrzeugen oder in ortsfesten Löschanlagen verwendet werden.	PL - 1/69 A, B, E*) *) bei mindestens 1 m Abstand, bis 1000 V
		11. 7. 1969	
10	Weinstock u. Siebert 4 Düsseldorf-Lierenfeld Am Karlshof 10	Normal-Löschnpulver „Furex K“ Das Löschnittel darf nur in Geräten verwendet werden, mit denen es typgeprüft und zugelassen ist.	PL - 4/69 B, C, E
		15. 7. 1969	
11	DÖ-KA Feuerlösch-Apparate-Bau F. Döberitz 35 Kassel Hafenstr. 7	„DÖ-KA“-Pulverlöscher DIN Pulver 12 a) P 12 D b) P 12 L	P 1 - 3/69 B, C, E
12	DÖ-KA Feuerlösch-Apparate-Bau F. Döberitz 35 Kassel Hafenstr. 7	„DÖ-KA“-Pulverlöscher DIN Pulver 12 a) P 12 GD b) PG 12 L	P 1 - 4/69 A, B, C, E*) *) bis 1000 V
		18. 7. 1969	
13	Hansa-Feuerlöschchanlagen und Apparatebau Arthur Schwepcke 2 Hamburg 22 Rossausweg 50	„Hansa“-Kohlensäurelöscher (CO ₂ -Schnee) a) CO 6 b) K 6	P 1 - 19/69 B, E
		22. 8. 1969	
14	Karl-Heinz Rapp 2 Hamburg 26 Sorbenstr. 62	„NU-SWIFT“-Wasserlöscher DIN Wasser 10 a) 1351 - 30 b) W 10 Hf - 30	P 1 - 18/69 A

Lfd. Nr.	Hersteller:	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Hersteller-Typbezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulassungs- Kenn-Nr.:	zugelassen für Brandklasse:
24. 9. 1969				
15	Europa-Feuerlöschgerätebau GmbH 419 Kleve Tiergartenstr. 80	„Europa“-Pulverlöscher DIN Pulver 6 a) P 6 DG b) PG 6 L	P 1 — 11/69	A, B, C, E*) *) bis 1000 V
16	dito	„Europa“-Pulverlöscher DIN Pulver 6 a) P 6 D b) P 6 L	P 1 — 12/69	B, C, E
16. 10. 1969				
17	Dursol-Fabrik Otto Durst 565 Solingen-Wald Friedrich-Ebert-Str. 84	„Dursol“-Pulverlöscher DIN Pulver 1 a) A 1 b) PG 1 L	P 1 — 25/69	A, B, C, E*) *) bis 1000 V
18	A. Kayser KG Industrietechnik 3352 Einbeck Baustr. 38	„Kayser“-Pulverlöscher DIN Pulver 6 a) Y 3 B b) P 6 L	P 1 — 28/69	B, C, E
3. 11. 1969				
19	Total Kom.-Ges. Foerstner u. Co. 6802 Ladenburg (Neckar)	„Total“-Pulverlöscher DIN Pulver 1 a) G 1 S b) PG 1 L	P 1 — 26/69	A, B, C, E*) *) bis 1000 V
3. 12. 1969				
20	Minimax AG 7417 Urach (Württ.)	„Minimax“-Pulverlöscher DIN Pulver 6 a) D A 6*) bzw. D A 6 M**) *) ohne **) mit Druckanzeiger b) P G 6 L	P 1 — 5/69	A, B, C, E*) *) bis 1000 V
21	dito	„Minimax“-Pulverlöscher DIN Pulver 12 a) D A 12*) bzw. D A 12 M**) *) ohne **) mit Druckanzeiger b) P G 12 L	P 1 — 6/69	A, B, C, E*) *) bis 1000 V
22	dito	„Minimax“-Pulverlöscher DIN Pulver 6 a) D B 6*) bzw. D B 6 M**) *) ohne **) mit Druckanzeiger b) P 6 L	P 1 — 7/69	B, C, E
23	dito	„Minimax“-Pulverlöscher DIN Pulver 12 a) D B 12*) bzw. D B 12 M**) *) ohne **) mit Druckanzeiger b) P 12 L	P 1 — 8/69	B, C, E
22. 12. 1969				
24	A. Werner u. Co. 5414 Vallendar (Rhein)	„Werner“-Pulverlöscher DIN Pulver 1 a) PD 1 G b) PG 1 L	P 1 — 29/69	A, B, C, E*) *) bis 1000 V
5. 1. 1970				
25	DÖ-KA Feuerlösch-Apparate-Bau F. Döberitz 35 Kassel Hafenstr. 7	„DÖ-KA“-Pulverlöscher DIN Pulver 6 a) P 6 S b) P 6 L	P 1 — 34/69	B, C, E
23. 1. 1970				
26	Weinstock u. Siebert 4 Düsseldorf-Lierenfeld Am Karlshof 10	Normal-Löschkpulver „Furex K 90“ Das Löschmittel ist schaumverträglich sowie beständig im Temperaturbereich von -45°C bis $+120^{\circ}\text{C}$. Das Lösch- mittel darf nur in Geräten verwendet werden, mit denen es typgeprüft und zugelassen ist.	PL — 8/69	B, C, E

Arbeits- und Sozialminister**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe**

Bek. d. Arbeits- u. Sozialministers v. 6. 2. 1970 —
IV B 2 — 6113 Sch —

Die der Deutschen Philatelisten-Jugend e. V., Sitz Schwelm, am 24. 4. 1969 erteilte öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe wird nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206) i. Verb. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248 SGV. NW. 216) auf folgende, diesem Verband als Mitglieder angehörenden Ortsverbände ausgedehnt:

Bielefeld
Bochum-Langendreer
Castrop-Rauxel
Duisburg
Gevelsberg
Gütersloh
Lage
Radevormwald
Rheda
Vlotho
Wattenscheid
Wiedenbrück.

Der in der Bekanntmachung vom 24. 4. 1969 aufgeführte Name des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hat folgende Fassung erhalten:

„Landesring Nordrhein-Westfalen der Deutschen Philatelisten-Jugend e. V.“

Die Anerkennung für folgende Ortsverbände ist widerufen worden:

Ennepetal
Herten
Hilden
Hüls
Kamp-Lintfort
Uedem
Warburg
Wevelinghoven.

— MBI. NW. 1970 S. 338.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr**Bekanntmachung
nach der Wirtschaftsprüferordnung**

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 5. 2. 1970 — II.D 1 — 71 — 60

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. Juli 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

1. Als Wirtschaftsprüfer sind öffentlich bestellt worden:

am 25. November 1969:

Dipl.-Kfm. Dr. Hans Nikolaus, Lendringen

am 12. Dezember 1969:

Dipl.-Volkswirt Peter Swetschin, Düsseldorf
Dr. phil. Claus P. Rätsch, Büderich b. Düsseldorf
Dipl.-Kfm. Dr. Helmut Pölster, Rheine

am 17. Dezember 1969:

Dipl.-Kfm. Gerhart Pfeiffer, Essen
Dipl.-Kfm. Hans Messerschmidt, Oberhausen
Dipl.-Kfm. Dr. Ernst-Dieter Nolte, Köln

am 18. Dezember 1969:

Dipl.-Kfm. Dr. Hans Geuer, Meckenheim

am 19. Dezember 1969:

Dipl.-Kfm. Dr. Peter Ehrsam, Krefeld

am 5. Januar 1970:

Dipl.-Kfm. Dr. Hermann Müser, Köln
Dipl.-Kfm. Walter Menz, Köln

am 15. Januar 1970:

Dipl.-Kfm. Karlheinz Wigge, Wuppertal-Barmen
Rechtsanwalt Wolfgang Billep, Essen

am 26. Januar 1970:

Dipl.-Kfm. Dr. Hors Hußmann, Kempen

2. Als Wirtschaftsprüfer ist öffentlich wiederbestellt worden:

am 5. Januar 1970:

Dipl.-Kfm. Dr. Hans Leyendecker, Wuppertal-Barmen

3. Als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wurden anerkannt:

am 28. November 1969:

Dr. Hesse GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bünde (Westf.)

am 22. Dezember 1969:

WBW Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für Bau- und Wohnungswirtschaft GmbH, Düsseldorf

am 22. Januar 1970:

Nordland Treuhand- und Revisionsgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

am 27. Januar 1970:

Beratungs- und Prüfungs-Union GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

4. Die nachstehenden öffentlichen Bestellungen sind erloschen:

ALS WIRTSCHAFTSPRÜFER

am 24. November 1969: durch Verzicht

Dipl.-Kfm. Rainer Kassing, Düsseldorf

am 2. Dezember 1969: durch Tod

Heinz Heiken, Essen

am 9. Dezember 1969: durch Tod

Erich Kleps, Essen

am 22. Dezember 1969: durch Verzicht

Wilhelm Wenzel, Münster (Westf.)

am 31. Dezember 1969: durch Verzicht

Dipl.-Kfm. Dr. Leopold Horstmann, Düsseldorf

am 16. Januar 1970: durch Verzicht

Dipl.-Kfm. Dr. Hans Georg Cremer, Dinslaken

ALS VEREIDIGTER BUCHPRÜFER

am 5. Januar 1970: durch Verzicht

Paul Rothe, Hagen

am 20. Dezember 1969: durch Tod

Karl Clesius, Mülheim/Ruhr

5. Die Anerkennung als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist erloschen:

am 19. Dezember 1969: durch Verzicht

Treuhandgesellschaft für Industrie und Wirtschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

— MBI. NW. 1970 S. 338.

Personalveränderungen**Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei**

Es sind ernannt worden:

Regierungsrat Dr. T. Hochmuth

zum Oberregierungsrat,

Regierungsrat z. A. Dr. H. Lowinski

zum Oberregierungsrat.

Nachgeordnete Dienststellen

Es ist ernannt worden:

Gerichtsassessor Dr. U. Penski

zum Verwaltungsgerichtsrat beim Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen.

— MBI. NW. 1970 S. 338.

**Bekanntmachung
der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz**

Betr.: Fünfte Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in der 4. Wahlperiode

Die fünfte Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in der 4. Wahlperiode findet statt am

Dienstag, dem 3. März 1970 um 15.00 Uhr

in der Hauptverwaltung — großer Sitzungssaal im Hochhaus 15. Etage —

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift über die vierte Vertreterversammlung in der 4. Wahlperiode am 13. Oktober 1969

2. Zusammensetzung der Vertreterversammlung
3. Zusammensetzung des Vorstandes
4. Zusammensetzung der Geschäftsführung
5. Geschäftsordnung der Vertreterversammlung
6. Geschäftsordnung des Haushaltsausschusses
7. Abnahme der Jahresrechnungen 1968
8. Festsetzung der Haushaltsvoranschläge 1970
9. Bericht der Geschäftsführung
10. Anfragen und Mitteilungen

II. Nichtöffentlicher Teil

Bericht des Vorstandes über die Feststellungen des ad hoc-Ausschusses Vermögens- und Liquiditätslage

Düsseldorf, den 20. Februar 1970

Der Vorsitzende der Vertreterversammlung

— MBl. NW. 1970 S. 339.

Hinweis

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 14. v. 17. 2. 1970

(Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM zuzügl. Postkosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
1001	20. 12. 1969	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Gesetzes zur Neugliederung von Gemeinden des Landkreises Rees vom 24. Juni 1969 (GV. NW. S. 418), soweit es die Gemeinde Obrighoven-Lackhausen betrifft, mit Art. 78 der Landesverfassung	88
1001	20. 12. 1969	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Soest und von Teilen des Landkreises Beckum vom 24. Juni 1969 (GV. NW. S. 300), soweit es die Gemeinde Lippborg betrifft, mit Art. 78 der Landesverfassung	88
1001	20. 12. 1969	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Soest und von Teilen des Landkreises Beckum vom 24. Juni 1969 (GV. NW. S. 300), soweit es die Gemeinde Wimbern betrifft, mit Art. 78 der Landesverfassung	88
2022	20. 1. 1970	Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in der Fassung vom 27. Januar 1964	88
2060		Berichtigung; Betrifft: Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden — Ordnungsbehördengesetz (OBG) vom 28. Oktober 1969 (GV. NW. S. 732)	89
92	27. 1. 1970	Verordnung über die Bestimmung des Vomhundertsatzes für die Kalenderjahre 1969 und 1970 nach § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr (AG-UnBefG)	89
	12. 1. 1970	Nachtrag zur Genehmigungsurkunde vom 24. 4. 1877 über den Bau und Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn von Kupferdreh nach Hesperbrück und den hierzu ergangenen Nachträgen	89
	19. 1. 1970	Nachtrag zur Konzessionsurkunde vom 14. November 1904 betreffend den Bau und Betrieb einer vollspurigen, dem öffentlichen Verkehr dienenden Nebencisenbahn von Herdorf über Neunkirchen und Salchendorf nach Unterwilden mit Anschlußgleisen nach den Gruben Pfannenberger Einigkeit und Bautenberg durch die Freien Grunder Eisenbahn-Gesellschaft	89
		Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	90

— MBl. NW. 1970 S. 339.

Stopp den Unfall



aktion gegen den unfall '70
im Lande Nordrhein-Westfalen
Hauptverband der gewerblichen
Berufsgenossenschaften e.V., Bonn

Einzelpreis dieser Nummer 0,90 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf,

Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf;
Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post.
Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert.

Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.
Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.